



Ministerium der Finanzen Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

BV der NS-Militärjustiz e.V.
c/o Herrn Günter Knebel
Ludwigsburger Str. 22
28215 Bremen

20.05.2019 *Finanzp. 23.05.19*
Seite 1 von 1

Aktenzeichen
bei Antwort bitte angeben
S 0171 – 164/19 - V B 4

Lennartz, Manfred
Telefon 0211 4972-2464
Manfred.Lennartz@fm.nrw.de

**Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten
NRW; Protest gegen beabsichtigte Aberkennung der Gemeinnützigkeit
des Vereins lt. Schreiben des FA Oberhausen-Süd vom 14.01.2019**

Sehr geehrter Herr Knebel, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Wette, sehr geehrte
Damen und Herren,

haben Sie herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 10. März 2019. Herr Mi-
nister Lienenkämper hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Ich bitte um Verständnis, dass ich Ihnen zu einem konkreten Einzelfall keine
Auskunft geben kann. Denn das Steuergeheimnis nach § 30 der Abgaben-
ordnung untersagt es einem Amtsträger der Steuerverwaltung, die in einem
steuerlichen Verfahren bekannt gewordenen Verhältnisse eines anderen
unbefugt zu offenbaren. Das Steuergeheimnis schützt auch Vereine und be-
trifft bereits die Frage, ob ein Verein (oder eine andere Körperschaft) bei ei-
nem Finanzamt steuerlich geführt wird¹. Geschützt ist erst recht die Frage,
ob ein bestimmter Verein von dem jeweils örtlich zuständigen Finanzamt als
gemeinnützig anerkannt worden ist oder ob eine Aberkennung der Gemein-
nützigkeit in Betracht kommt.

Die insofern einschlägigen gesetzlichen Voraussetzungen wissen die zu-
ständigen Bearbeiterinnen und Bearbeiter in der nordrhein-westfälischen
Steuerverwaltung fachgerecht und sorgfältig anzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


Dr. Steffen Neumann

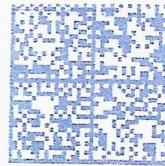
Dienstgebäude und Lieferan-
schrift:
Jägerhofstraße 6

40479 Düsseldorf
Telefon 0211 4972-0
Telefax 0211 4972-1217
poststelle@fm.nrw.de
www.finanzverwaltung.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
U70, U76, U77 und U79 (Halte-
stelle: Heinrich-Heine-Allee);
U71 und U83
(Haltestelle: Schadowstraße)

¹ Nr. 1.2 des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung zu § 30.

☆☆☆
Nordrhein-Westfalen
wählt Europa
☆☆☆ 26. Mai 2019



Deutsche Post 
FR 21.05.19 0,70

4D 1314 14AE
00 063C DA15

BV der NS-Militärjustiz e.V.
c/o Herrn Günter Knebel
Ludwigsburger Str. 22
28215 Bremen

FM 05

Ministerium der Finanzen
des Landes Nordrhein-Westfalen
Jägerhofstr. 6
40479 Düsseldorf



PU 01.18

www.fm.nrw.de

K2055 00144

BV Opfer der NS-Militärjustiz e.V.
Gemeinnützig anerkannter Verein
- Vereinsvorstand - c/o G. Knebel
Ludwigsburger Str. 22, 28215 Bremen
Telefon 0421 / 374557
www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz



BV Opfer NS-Militärjustiz e.V., c/o Günter Knebel
Ludwigsburger Str. 22, 28215 Bremen

Herrn Lutz Lienenkämper, MdL
Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Jägerhofstraße 6
40479 Düsseldorf

10. März 2019

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (**VVN**) / Bund der Antifaschisten (**BdA**) NRW, hier:
Protest gegen beabsichtigte Aberkennung der Gemeinnützigkeit des Vereins lt. Schreiben des FA
Oberhausen-Süd vom 14.01.2019, Az 124/5786/0796 VST

Sehr geehrter Herr Finanzminister, lieber Herr Lienenkämper,

bitte gestatten Sie uns, wenn wir uns mit einer Bitte um Mithilfe direkt an Sie als obersten Dienstherrn der 130 Finanzämter des Landes Nordrhein-Westfalen wenden. Unter Bezugnahme auf mehr als fragwürdige, bundesweit ‚einsame‘ Feststellungen des bayerischen Verfassungsschutzberichtes 2017 wird mit o.a. Schreiben des Finanzamts Oberhausen-Süd dem VVN/BdA-Landesverband NRW nebst nachgeordneten Kreisverbänden angedroht, „dem Verein die Gemeinnützigkeit (rückwirkend) abzuerkennen.“

Unsere Bundesvereinigung, die sich seit 1990 für die Anerkennung, gesetzliche Rehabilitierung und ein würdiges Gedenken der Opfer der NS-Militärjustiz einsetzt, hat in ihrem spezifischen Bemühen die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes stets als honorige und verlässliche Mitstreiterin erlebt. Verfügt die VVN/BdA doch bundesweit seit der Nachkriegszeit über vielfältige Kenntnisse und Erfahrungen, welche Hindernisse und Schwierigkeiten den Neuanfang und den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland als freiheitliche Demokratie nach den Schrecken des NS-Regimes und des Angriffs- und Vernichtungskrieges erschwerten. Dass es der Zeitspanne mehrerer Generationen bedurfte, um mit dem NS-Unrechtsaufhebungsgesetz von 1998 und seinen Ergänzungsgesetzen 2002 und 2009 auch die späte gesetzliche Rehabilitierung der Opfer der Wehrmachtjustiz zu erreichen, spricht für sich und gehört dazu. Umso dankbarer sind wir, dass noch einige der betroffenen NS-Opfer, die mit viel Glück den Krieg überlebt hatten, und deren Angehörige diesen freiheitlichen Wandel noch persönlich erleben konnten.

Der o.a. Brief des FA Oberhausen-Süd kontrastiert diesen zivilgesellschaftlichen Wandel leider erschreckend: Der Bescheid bezichtigt mit höchst fragwürdiger, widerlegbarer Bezugnahme die VVN/BdA NRW als „extremistisch“, d.h. er unterstellt dem Verein, der sich unserer Kenntnis nach seit Jahrzehnten für Demokratie, Frieden und Völkerverständigung einsetzt, verfassungsfeindliche Aktivitäten. Dagegen protestieren wir und bitten Sie, sich kraft Ihres Amtes für die Aufhebung dieses Bescheides einzusetzen bzw. darauf hinzuwirken, dass der Inhalt dieses FA-Bescheides nicht vollzogen wird. Die VVN/NRW erfüllt lt. o.a. Bescheid seit Jahren die Voraussetzungen des § 51 Abs. 3 Satz 1 der Abgabenordnung. Von dieser eigens gewonnenen behördlichen Kenntnis sollte sich die Finanzverwaltung NRW durch die so skurrile wie alleinstehende Erwähnung in einer süddeutschen Publikation nicht abbringen lassen. Für diesbezügliche Aufmerksamkeit und Mühe sind wir Ihnen dankbar. Wir können und mögen nicht glauben, dass in Zeiten, in denen Rechtsextremismus und rechtspopulistische Bestrebungen den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens gefährden, ausgerechnet die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung diesen Tendenzen Auftrieb gibt, ja nachzukommen scheint.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Knebel

gez. Prof. Dr. Wolfram Wette

Kopie mit der Bitte um Kenntnisnahme an den Herrn Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags NRW, Herrn RA Martin Börschel, MdL, Köln.

Vorsitzender:
Ludwig Baumann (* 13.12.1921, † 5.07.2018)

Schriftführer: Günter Knebel
E-Mail: info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

Wissenschaftlicher Beirat
Ehrevorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg /
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg /
Beisitzer: Dr. Detlef Garbe, Hamburg /
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Berlin /
Dr. Rolf Surmann, Hamburg.